Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2445**

15. Wahlperiode 29. 01. 2004

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/2254 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 17. Juli 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung

A. Problem

Der Rechtshilfeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen erfolgt auf der Grundlage des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen in Verbindung mit dem Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zu diesem Übereinkommen. Am 17. Juli 2003 wurde in Berlin der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens vom 20. April 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Erleichterung seiner Anwendung unterzeichnet. Der Vertrag, der die erforderlichen Regelungen enthält um die Rechtshilfebeziehungen auszuweiten und die Verfahren zu beschleunigen, soll den Rechtshilfeverkehr auf eine breitere Grundlage stellen. Hierzu muss der Vertrag nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes ratifiziert werden.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs, mit dem die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des oben bezeichneten Vertrags geschaffen werden.

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf – Drucksache 15/2254 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 28. Januar 2004

Der Rechtsausschuss

Andreas Schmidt (Mülheim) Vorsitzender	**Joachim Stünker** Berichterstatter	**Dr. Jürgen Gehb** Berichterstatter
	Jerzy Montag Berichterstatter	**Jörg van Essen** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Joachim Stünker, Dr. Jürgen Gehb, Jerzy Montag und Jörg van Essen

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf der Drucksache 15/2254 in seiner 86. Sitzung am 15. Januar 2004 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Rechtsausschuss und zur Mitberatung dem Innenausschuss überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 28. Sitzung am 28. Januar 2004 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

III. Beratung im Rechtsausschuss

Der Rechtsausschuss hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 28. Januar 2004 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Berlin, den 28. Januar 2004

Joachim Stünker	**Dr. Jürgen Gehb**	**Jerzy Montag**	**Jörg van Essen**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333